

GRÜNDUNG EINER BÜRGERINITIATIVE STEHT BEVOR

Ickinger kämpfen um den Alpenblick

In Icking soll die letzte große Grünfläche im Ort zur Bebauung freigegeben werden. Das sorgt für Ärger.

VON YVONNE ZUBER

Icking – In der jüngsten Ratsitzung wurde der Antrag des Grundstückseigentümers behandelt. Es ging darum, den Bebauungsplan „Egartsteig Nord“ so zu erweitern, dass von seinem 9488 Quadratme-

ter großen Grundstück 6333 Quadratmeter überbaut werden können. Die verbleibenden 3155 Quadratmeter will der Grundeigentümer der Gemeinde zu günstigen Konditionen anbieten. Bei dem Areal handelt es sich um eine landwirtschaftliche Fläche östlich des Schulzentrums, zwischen Talberg und Egartsteig. Der Gemeinderat hatte sich nach einer längeren Diskussion mehrheitlich dafür ausgesprochen. Allerdings müssen zunächst noch Fra-

gen zur Niederschlagswasserbeseitigung geklärt werden. Die Befürworter begründeten ihre Haltung mit den Entwicklungschancen für Icking durch den Erwerb der Fläche, etwa für soziale Projekte. „Man weicht auch nicht von dem Beschluss ab, die Grüngürtel zwischen den Ortsteilen zu erhalten, da es sich einfach um eine große Wiese handelt“, sagte Bürgermeisterin Margit Menrad.

Ganz anders beurteilt Katharina von Zitzewitz die La-

ge. Der Beschluss habe für Aufregung in der Gemeinde gesorgt. Viele Anwohner, Eltern und Bürger seien erstaunt, dass der Gemeinderat dem Antrag mehrheitlich zugestimmt habe. „Icking läuft Gefahr, seinen ländlichen Charakter zu verlieren und genauso gesichtslos zu werden, wie andere Münchner Vororte“, befürchtet von Zitzewitz. Wenn die Aussicht vom Kreisverkehr vor der Grundschule und vom Marktplatz verbaut werde,

dann nehme man den Bürgern einen Ruhepol, einen Platz zum Durchatmen. Es seien immerhin 840 Gymnasialisten, 150 Grundschüler und deren Eltern sowie die Marktbesucher, Kirchgänger und Spaziergänger, die so um den Blick in die Berge gebracht würden.

Für viele Ickinger handle es sich um einen zentralen Platz, der auch am Nachmittag frequentiert werde. Dass das alles nach nur einer einzigen Sitzung wegen vermeintlicher

Sachzwänge geopfert werden soll, kann von Zitzewitz nicht nachvollziehen. Der Gemeinderat müsse eigentlich die Interessen der Bürger vertreten, betont sie. „Wir wollen uns nun zunächst mit den Gemeinderäten in Verbindung setzen und dann überlegen wie wir weiter vorgehen“, kündigt von Zitzewitz an. Sollte es kein Umdenken geben, will sie zusammen mit Mitstreitern über die Gründung einer Bürgerinitiative nachdenken.